

Von: Zimmermann, Jochen, M
<Jochen.Zimmermann@bmwi.bund.de>
An: Schnorr, Stefan, VI <Stefan.Schnorr@bmwi.bund.de>
Lindemann, Henrike, Dr., M
<Henrike.Lindemann@bmwi.bund.de>; Habib-Sadek, Nora, M
<nora.habib-sadek@bmwi.bund.de>; Vorzimmer BM <vz-
bm@bmwi.bund.de>; Schreiber, Yvonne, LA
<Yvonne.Schreiber@bmwi.bund.de>; BUERO-LA1 <bue-
CC: la1@bmwi.bund.de>; BUERO-ST-N <BUERO-ST-
N@bmwi.bund.de>; ST-N.Vertreter <ST-
N.Vertreter@bmwi.bund.de>; Brönstrup, Daniela, Dr., VIA
<daniela.broenstrup@bmwi.bund.de>; Jungbluth, Armin, Dr.,
VIA3 <Armin.Jungbluth@bmwi.bund.de>; [REDACTED]
[REDACTED]
Gesendet am: 07.07.2020 11:43:06
Betreff: MdB um Vorlage bis 10.7. - Zustellförderung Presse

Lieber Herr Schnorr,

wir werden voraussichtlich Anfang kommender Woche (nach jetziger Planung Dienstag, 14:15-15 Uhr) eine BM-Rücksprache zum Thema digitale Transformation der Presse/Zustellförderung machen. Zur Vorbereitung wäre ich Ihnen dankbar, wenn wir bis kommenden Freitag eine mit Z-HA abgestimmte Vorlage bekommen könnten, die erste Vorschläge bzw. Optionen für ein Konzept zur Umsetzung des neuen Haushaltstitels enthält. Herzlichen Dank!

Viele Grüße
Jochen Zimmermann, M

Tel:7642



Von: Schnorr, Stefan, VI
Gesendet: Mittwoch, 1. Juli 2020 07:54
An: Zimmermann, Jochen, M
Cc: Schreiber, Yvonne, LA; Geißler, Dominik, Dr., L; Jungbluth, Armin, Dr., VIA3; Lindemann, Henrike, Dr., M; Jungbluth, Armin, Dr., VIA3
Betreff: Zustellförderung Zeitungen

Lieber Herr Zimmermann,

ich höre, BM hat die Titelverschiebung aktiv bei den Koalitions Haushältern vorangetrieben.

Wissen Sie, ob BM dabei auch schon konkrete Vorstellungen geäußert hat, in welche Richtung das gehen soll? Oder ob die Haushälter in der Sitzung konkreter wurden?

Theoretisch wären auf erste Sicht u.a. denkbar:

- Eine Art **Zuschussprogramm** (wie das demnächst startende Programm DIGITAL JETZT) zu digitalen Investitionen;
- **FuE Maßnahmen** zur Entwicklung und Implementierung neuer digitaler Technologien (was aber ein theoretischer Fall ist, da alle denkbaren Techniken hierzu schon vorhanden sind)
- Die Förderung einer **gemeinsamen Plattform** aller Verlage, auf denen sie ihre Angebot online bereitstellen können (haben die Verlage bislang abgelehnt, da sie den direkten Kontakt Einzelverlag – Kunde ohne zwischengeschaltete Plattform wollen).

Viele Grüße
Stefan Schnorr

Von: Schnorr, Stefan, VI

Gesendet: Mittwoch, 1. Juli 2020 07:42

An: Oberg, Lars, ST-N; ST-N.Vertreter

Cc: Jungbluth, Armin, Dr., VIA3; Brönstrup (VIA) (daniela.broenstrup@bmwi.bund.de); Kahlen, Christine, Dr., VIB; Janssen (BMWi) (Ole.Janssen@bmwi.bund.de); Breit, Marco-Alexander, KI/KI 2; Jarzombek, Thomas, KoorLR; [REDACTED]; [REDACTED]

Betreff: WG: EILT - 2. Nachtrag HH 2020 / hier: Deckblatt neuer Titel 0910-683 03

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Information:

die Koalitions Haushälter haben beschlossen, das Thema „**Zustellförderung**“ (für Zeitungen/Zeitschriften/Anzeigenblätter) **aus dem BMAS Haushalt zu streichen** und haben gleichzeitig einen **neuen Titel dafür in den BMWi-Haushalt eingestellt** – und zwar schon im Nachtragshaushalt 2020 (siehe Anlage).

-
Der neue Titel lautet:

„Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens zur Förderung des Absatzes und der Verbreitung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblätter“ (Titel 683 03 – 680)

Zur Begründung des Titels heißt es:

„Zum Erhalt der Medienvielfalt und -verbreitung in Deutschland sowie Stärkung des Journalismus und darin tätiger Medienschaffender sollen zusätzliche Mittel für die Unterstützung des dringend gebotenen Transformationsprozesses im Bereich des Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern zur Verfügung gestellt werden.“

Vorgesehen sind im **Nachtragshaushalt 2020 insgesamt 20 Mio. Euro sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 200 Mio. Euro.**

Eine Sperre ist für den Titel ausdrücklich nicht vorgesehen.

Weiteres Vorgehen:

-

- Wir werden nun unverzüglich damit beginnen, ein **Förderkonzept** zu erstellen, auch unter enger Einbindung von MdB Jarzombek als BDWi im BMWi. Das ist nicht leicht, da im bisherigen Verfahren die Verlage und Verbände immer vorgetragen, sie benötigten kein zweckgebundenes Geld für die digitale Transformation, das machten sie ohnehin schon (vereinfacht gesagt: die Verlage wollten bislang vor allem Cash ohne Auflagen). Wir müssen auch sehr genau darauf achten, dass wir nicht einzelne Verlage fördern und andere nicht, da uns sonst vorgeworfen werden könnte, einseitig bestimmte Verlage zu privilegieren.
Wir werden daher mit den Betroffenen und im Ressortkreis insb. mit BKM sprechen und sachgerechte Vorschläge erarbeiten, die anschließend BM vorgelegt werden.
- Aufbauend auf einem gebilligten Förderkonzept werden wir dann eine **Förderrichtlinie** erstellen und abstimmen (u.a. mit BMF und BRH, was erfahrungsgemäß einige Monate dauert) sowie ein **Umsetzungskonzept** (insb. Ausschreibung eines externen Projektträgers oder - wenn möglich - Delegation z.B. an das BAFA).
- Ob eine Mittelbindung (oder gar Auszahlung) schon 2020 erfolgen kann, ist allerdings eher unwahrscheinlich.
- Inwiefern wir diese Aufgaben zunächst mit dem vorhandenen Personal der Abteilung bewältigen können oder ob wir eine personelle Verstärkung benötigen, klären wir.

Viele Grüße
Stefan Schnorr

Konzept für die Förderung der Pressezustellung (als Grundlage für einen Entsperrungsantrag beim HHA)

Vorbemerkung

Der Haushaltsgesetzgeber hat in der Bereinigungssitzung am 14.11.2019 für das Haushaltsjahr 2020 Finanzmittel in Höhe von 40 Mio. € für die Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern zur Verfügung gestellt. Diese Mittel sind Kraft verbindlichem Haushaltsvermerk

1. übertragbar und
2. bis zur Vorlage eines Gesamtkonzepts gesperrt. Die Aufhebung der Sperre bedarf der Einwilligung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages.

Um den Auftrag des Haushaltsgesetzgebers umzusetzen und zeitnah das erbetene Förderkonzept zu erarbeiten, haben die betroffenen Ressorts BMAS, BMWi und BKM eine interministerielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die das folgende Konzept einvernehmlich erarbeitet hat.

1. Zuwendungszweck und Rechtsgrundlage

Journalismus spielt eine wichtige Rolle beim demokratischen Willensbildungsprozess auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Printmedien haben - auch im digitalen Zeitalter - eine besondere Bedeutung. Sie stehen aufgrund struktureller Veränderungen jedoch vor großen Herausforderungen. Insbesondere der Rückgang von Printabonnements und das Schrumpfen des Marktes für bezahlte Anzeigen in gedruckten Tages- und Wochenzeitungen sowie Anzeigenblättern erfordern zunehmend einen Wandel etablierter und bewährter Geschäftsmodelle. Sinkende Abonnementzahlen bzw. Auflagenhöhen verteuern insbesondere die Stückkosten der Zustellung.

Die Versorgung mit gedruckten Exemplaren hat gegenüber Online-Angeboten wesentliche Unterschiede. Ein Wegfall von gedruckten Zeitungen und Zeitschriften ginge mit dem Ausschluss bestimmter Zielgruppen von Informationen einher. Darunter fallen insbesondere Personen mit unzureichendem Zugang zu digitalen Diensten oder gering ausgeprägter Affinität zur Nutzung digitaler Medien. Hinzu kommt, dass gerade der deutsche Zeitungsmarkt nach wie vor sehr lokal und regional geprägt ist. Insbesondere Anzeigenblättern kommt dabei sowohl mit Blick auf Informationen über Lokalpolitik wie auch bei Organisation und Würdigung von ehrenamtlichem Engagement eine bedeutsame Rolle zu.

Die Förderung erfolgt mittels Zuwendungen des Bundes auf der Grundlage eines Förderaufrufs nach Maßgabe der §§ 23, 44 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) und den hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften (VV). Ein Rechtsanspruch der Antragstellenden auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Der Zuwendungsgeber entscheidet aufgrund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

2. Gegenstand der Förderung

Es handelt sich um

- **eine temporäre Förderung**
- **der Zustellung**

(Die Förderung soll aus verfassungsrechtlichen Gründen - keine Verzerrung des publizistischen Wettbewerbs, Art. 5 GG, sowie Gleichbehandlungsgebot des Art. 3 GG - unabhängig vom Zustellweg erfolgen.)

- **von Abonnementzeitungen und Zeitschriften als Unterstützung bei der digitalen Transformation und**

(Der Haushaltstitel 1110/683 01 sieht die Einbeziehung der Zeitschriften im Abonnement zwar nicht explizit vor. Bei den Zeitschriften handelt es sich aber um Presseerzeugnisse, die dem Schutzbereich des Art. 5 Abs. 1 Satz 2 Variante 1 GG (Pressefreiheit) unterliegen. Dieses Grundrecht ist nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (BVerfGE Bd. 80, S. 124) als Abwehrrecht auch gegen Verzerrungen des publizistischen Wettbewerbs durch staatliche Subventionen ausgestaltet, so dass die Zeitschriften aus verfassungsrechtlichen Gründen mit einbezogen werden müssen.)

- **von Anzeigenblättern mit einem redaktionellen Anteil von mindestens 30 Prozent zur Unterstützung lokaler Vielfalt.**

(Im Gegensatz zu den Abonnementzeitungen und Zeitschriften dient die Förderung der in der Regel kostenlosen Anzeigenblätter mit redaktionellem Anteil der Unterstützung lokaler Vielfalt. Wesentliche Inhalte der Anzeigenblätter sind die Information aus der Lokalpolitik sowie die Berichterstattung aus Vereinen, Verbänden und dem Ehrenamt. Sie dienen als lokales Sprachrohr und erreichen nahezu jeden Haushalt - unabhängig von Einkommen, Bildung oder technischer Affinität.)

3. Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind die Verlage. Dabei soll geprüft werden, ob die Weiterleitung der Zuwendung nach VV 12 zu § 44 BHO (Inpflichtnahme der Verbände als Erstempfänger) aus verwaltungsökonomischen Gründen möglich ist, auch gemessen an den Vorgaben des Beihilferechts.

4. Höhe der Zuwendungen

Die Förderung soll als nicht rückzahlbarer Zuschuss erfolgen.

Die Verlage melden im Förderantrag die in geeigneter Weise (insb. durch ADA bzw. IVW) testierte Anzahl der von ihnen im Jahr 2019 zugestellten Presserzeugnisse. Diese Zahl wird dann multipliziert mit den durchschnittlichen Zustellkosten pro zugestelltem Exemplar in der jeweiligen Gattung (Zeitungen = 0,62 Euro / Zeitschriften = 0,81 Euro / Anzeigenblätter = 0,19 Euro). Die so errechneten Zustellkosten der einzelnen antragstellenden Verlage werden dann ins Verhältnis gesetzt zur Gesamtsumme der für alle Verlage berechneten Zustellkosten. Daraus ergibt sich dann der jeweilige Förderbetrag, bezogen auf die zur Verfügung stehende Fördersumme von 40 Mio. €, abzüglich der Administrationskosten.

5. Verfahren

Aufgrund der bislang lediglich für ein Haushaltsjahr etatisierten Fördermittel ist ein Förderaufruf vorgesehen, mit dem die Verlage jeweils aufgefordert werden, bis zu einer noch festzulegenden Frist einen Förderantrag - einschließlich der benötigten Angaben - zu stellen.

6. Beihilferechtliche Betrachtung

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die geplante Förderung als eine staatliche Beihilfe im Sinne der Vorschriften des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV) einzustufen und damit grundsätzlich notifizierungspflichtig ist. Ein entsprechender Antrag, voraussichtlich auf der Grundlage des Artikels 107 Abs. 3 lit. c AEUV (Beihilfen zur Förderung der Entwicklung gewisser Wirtschaftszweige oder Wirtschaftsgebiete) wird parallel vorbereitet und bei der EU-Kommission gestellt.

Die Förderanträge der Verlage können erst dann bewilligt werden, wenn die EU-Kommission die Förderung, soweit erforderlich, beihilferechtlich genehmigt hat.

(Hinweis: Der Haushaltsgesetzgeber hat sich in der Sitzung des Haushaltsausschusses am 14.11.2019 nicht für die Ausbringung von Verpflichtungsermächtigungen nach § 16 BHO entschieden, so dass gegenwärtig davon ausgegangen werden muss, dass die Haushaltsmittel nur für ein Haushaltsjahr zur Verfügung stehen. Der Übertragbarkeitsvermerk nach § 19 Abs. 1 BHO ermöglicht, die Ausgaben, die am Ende des Haushaltsjahres noch nicht geleistet worden sind, für die jeweilige Zweckbestimmung über das Haushaltsjahr 2020 hinaus nach Maßgabe des § 45 BHO als Ausgabe- rest verfügbar zu halten. Werden die Ausgabereste 2021 in Anspruch genommen, müssen sie im Bundeshaushalt gegenfinanziert werden oder es müssen zusätzliche Ausgabemittel im Haushalt 2021 veranschlagt werden (§ 45 Abs. 3 BHO); eine Gegenfinanzierung aus dem Einzelplan des Federführers ist nicht möglich.)

Von: ST-N.Vertreter <ST-N.Vertreter@bmwi.bund.de>
An: BUERO-ST-N <BUERO-ST-N@bmwi.bund.de>
Gesendet am: 13.07.2020 10:12:55
Betreff: 200713_BM_Umsetzungskonzept_digitale_Transformation_V
erlagswesen.docx

<<200713_BM_Umsetzungskonzept_digitale_Transformation_Verlagswesen.docx>>

Berlin, 10. Juli 2020

zur Entscheidung

Herrn Minister
a.d.D.

Betr.:

Erste Überlegungen zu einem Umsetzungs-
konzept für den neuen Haushaltstitel „Förderung der
digitalen Transformation des Verlagswesens“

Für den Termin am: **14.07.2020 von 14.15-15.00 h**

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre
haben Abdruck erhalten.

Anl.: 1. Konzeptskizze des BMAS

2. Zahlen Presseverlage, Beispielrechnungen

I. Votum

Wir schlagen eine (auch von BDZV und VDZ präferierte) **Zuschussförderung zugunsten der Verlage** (für Investitionen in die digitale Transformation) vor, deren maximaler Gesamtbetrag sich anhand des Anteils an den zugestellten Exemplaren pro Mediengattung und durchschnittlichen Zustellkosten bestimmt.

II. Sachverhalt

Der Haushaltsgesetzgeber hat am 2.7. im 2. Nachtragshaushalt für das Haushaltsjahr 2020 (Kapitel 0910 Tit. 683 03) Haushaltsmittel in Höhe von 20 Mio. € für die „**Förderung der digitalen Transformation des Verlagswesens zur Förderung des Absatzes und der Verbreitung von Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblättern**“ zur Verfügung gestellt. Die zusätzlichen Mittel sollen zum „**Erhalt der Medienvielfalt und -verbreitung in Deutschland sowie zur Stärkung des Journalismus und darin tätiger Medienschaffender für die Unterstützung des dringend gebotenen Transformationsprozesses**“ im Bereich der o.g. Presseerzeugnisse zur Verfügung gestellt werden.

Vom Leitungsbereich auszufüllen

TGB-Nr. S-200710-052

Eingang
Leitung 13.07.2020

eDW-M-
Nr.: 2020.07.10/00064

Abzeichnungsleiste

BDWi
z. K.

PSt z. K.

St

AL

UAL

Stefan Schnorr, VI
13.07.20

i.V. Husch, 10.7.20

Referatsinformationen

Referats-
leiter MR Dr. Jungbluth
(-7290) i.V. GCF, VIA3
10.07.20

Bearbei-
terin RD'in Förster (-6458)
GCF, VIA3 10.07.20

Mit-
zeichnung AstMi 3, EB3, VIC4,
Z-HA

Referat
und AZ VIA3 - 60209/005

Gleichzeitig hat der Haushaltsgesetzgeber eine **Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 200 Mio. €** ausgebracht, die beliebig auf die kommenden Jahre verteilt werden kann (BDZV für einmalige Auszahlung). Die Mittel sind Kraft verbindlichem Haushaltsvermerk übertragbar und nicht gesperrt. Der im HH 2020 für BMAS vorgesehene Titel „Förderung der Zustellung von Abonnementtageszeitungen und Anzeigenblättern“ in Höhe von 40 Mio. € (vgl. Anlage 1 – Konzeptskizze des BMAS) ist weggefallen.

Bundesweit werden p.a. rund 8,7 Mrd. Zeitungen (3,2 Mrd. Exemplare), Zeitschriften 4,2 Mrd. Exemplare) und Anzeigenblätter (4,2 Mrd. Exemplare) zugestellt (die genauen Zahlen müssen noch verifiziert werden).

III. Möglichkeiten zur Umsetzung

- Die Förderung muss die **Unabhängigkeit der Presse** gewährleisten.
- Eine **Privilegierung einzelner Verlage** muss verhindert werden. Alle Verlage (und damit alle rund 8,7 Mrd. zugestellten Exemplare) sollten diskriminierungsfrei anhand eines **objektiven Förderschlüssels** gefördert werden.
- Die je nach Gattung sehr unterschiedlichen **Kosten der Zustellung** sollten (als neutraler Faktor) berücksichtigt werden (bei Zeitungen 0,62 €, bei Zeitschriften 0,81 € und bei Anzeigenblättern 0,19 €), da sie hohe Verbreitungskosten für gedruckte Exemplare verursachen, die bei digitalen Medien nicht anfallen.

Folgende Förderoptionen kommen in Betracht:

1. Zuschussförderung für Investitionen in die digitale Transformation

- Die **Gesamtfördersumme i.H.v. 220 Mio. €** ist sachgerecht auf die **drei Mediengattungen** (Abonnementzeitungen, -zeitschriften und Anzeigenblätter mit einem redaktionellen Anteil von mind. 30%) zu verteilen (so auch BDZV und VDZ).
- Bei der Aufteilung könnten (wie beim vorherigen BMAS-Konzept) für jede Gattung gesondert die **Zustellkosten** (anhand der durchschnittlichen Zustellkosten pro zugestelltem Exemplar und der jeweiligen Auflage) berücksichtigt werden.
- Auf Basis vorläufiger Branchenangaben könnten dementsprechend vom Gesamtbeitrag auf Abonnement-**Zeitungen** etwa **52%** (114,4 Mio. €), auf Abonnement-**Zeitschriften** etwa **27%** (59,4 Mio. €) und auf **Anzeigenblättern** etwa **21%** (46,2 Mio. €) entfallen (vgl. Anlage 2).

- Der **max. Förderbetrag pro Verlag** ergäbe sich aus dem Anteil an der **Gesamtauflage** pro Gattung (ggf. abh. vom Zustellgebiet: städtisch, ländlich, Mischgebiet).

- Dieser Betrag könnte ausbezahlt werden, sofern der Verlag entsprechende Investitionen in die digitale Transformation nachweist (nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von x % der Investitionssumme).

(Zum Vergleich: Im Rahmen des BMWi Förderprogramms „Digital Jetzt“ (AStMi 3) werden idR Zuschüsse iHv. **40% bis 50%** bzw. ab 01.07.2021 von **35% bis 45%** gewährt. Beim BMWi-Förderprogramm „go-digital“ (VIC4) werden derzeit bereits **bis zu 50%** der Kosten für Beratung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen gefördert.). Bei einem neuen Verlagsförderprogramm muss eine Doppelförderung mit diesen Programmen vermieden werden. Denkbar wäre allerdings, die Verlagsförderung als Unterteil zu „Digital Jetzt“ auszugestalten.

Förderzweck könnten z.B. **Investitionen** in die digitale Markterschließung (Website, Online-Shop, Bezahlssysteme), digitalisierte Geschäftsprozesse, Entwicklungen neuer Apps, Anschaffung notwendiger Hard-/Software sein, die einen entsprechenden Mehrwert bieten. Mit Blick auf die „Stärkung des Journalismus und darin tätiger Medienschaffender“ könnte auch die **Qualifizierung der Mitarbeiter/innen für Digitalisierung** berücksichtigt werden.

- Alternativ schlägt der VDZ vor, dass der **Zuschuss pro Exemplar ohne Gegenleistung der Verlage** erfolgt und neben Printmedien auch (elektronisch zugestellte) **ePaper** einbezogen werden. Argument: ansonsten würden Verlage, die bereits in die Digitalisierung haben, benachteiligt, weil sie jetzt keine entsprechenden Investitionen mehr tätigen müssten.

- Antragstellung, -bewilligung und Verwendungsnachweis sollten weitestgehend automatisiert, digital und medienbruchfrei erfolgen.
- Es ist davon auszugehen, dass die Förderung als **staatliche Beihilfe** einzustufen und damit **grds. notifizierungspflichtig** ist (aufgrund der gewünschten Förderhöhe und Zielgruppe keine Anwendung der de-minimis-Verordnung oder AGVO möglich).

~~Handwritten notes in green ink:~~
Mehr Geld / Digital Content
Zustellg
W 20 viel weniger Reduktion

2. Sonstige Ansätze

- a) Eine **Förderung der Entwicklung digitaler Technologien** (F&E-Maßnahmen) im Verlagswesen kommt nicht in Betracht, da entspr. Technologien vorhanden sind.
- b) Die Förderung einer **gemeinsamen Plattform aller Verlage** („deutsche Medienplattform“), auf denen sie ihr Angebot online bereitstellen können, lehnen die Verbände und Verlage ab, da sie weiterhin selbst eine **unmittelbaren Kundenbeziehung wünschen** (ohne zwischengeschaltete Plattform). MdB Rabanus (SPD) hat sich für diese „Infrastrukturförderung“ statt einer Einzelförderung ausgesprochen.

IV. Weiteres Verfahren

- Erstellung einer Förderkonzepts unter Einbeziehung der betroffenen Verbänden (BDZV, VDZ und BVDA), enge Einbeziehung BKM.
Hinweis: Die Umsetzung des Haushaltstitels wird bereits jetzt von der Presse und Stakeholdern (bspw. Gewerkschaft Verdi, Deutscher Journalistenverband) kritisch begleitet und mit Forderungen verknüpft (Einhaltung tariflicher Standards, gute Arbeitsbedingungen und angemessene Vergütung der Journalisten).
- Nach Billigung durch BM: Erstellung der Förderrichtlinie
- Für die Abwicklung: Ausschreibung eines Projektträgers (Administrationskosten von max. 5% entstehen könnten = 11 Mio. €). Alternativ: Beauftragung des BAFA.
- Angesichts der erforderlichen Verfahren und Abstimmungen der Richtlinie (BMWi intern, BMF, BRH, ggf. Notifizierung; Wirtschaftlichkeitsuntersuchung, PT-Ausschreibung) ist eine Mittelbindung oder -abfluss noch 2020 unwahrscheinlich.
- Administration des neuen Haushaltstitels ist mit vorhandenen Personal der Abteilung VI nicht zu bewältigen; personelle Verstärkung mit haushaltsrechtlicher Expertise wird benötigt.